

Verband der Beschäftigten des Gewerblichen Rechtsschutzes

Die Kompetenzgewerkschaft im Deutschen Patent- und Markenamt



VBGR - Vorsicht Taschendiebe!

Unter diesem Motto stand die erste von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) organisierte Demonstration der Bundesbeamten.

Am 02.02.2006 trafen sich ca. 2000 in den verschiedenen Fachgewerkschaften des **dbb** organisierte Bundesbeamte in Berlin.



Verantwortlich: BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin

Geschäftsstelle München

Morassstraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jörg Czarnowski
Telefon 089.2195-2656
07.02.2005
Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.dbb.de
www.vbgr.dbb.de

Die Demo der Bundesbeamten richtete sich gegen die teils durchgeführten, teils geplanten willkürlichen Besoldungskürzungen der Bundesregierung, die in der Summe dazu führen würden, dass die Einkommen Ende 2006 um 12 % unter denen von 2004 liegen.



Dank der Flexibilität von vier Kollegen war auch der **VBGR** vertreten.

Weitere Informationen (Kommentare, Presseberichte, Fotos) unter

<http://www.bdz.dbb.de/>

Inhalt der Resolution:

aktuell

Informationsdienst des VBGR

Vorsicht Taschendiebe!

Für Gerechtigkeit und gegen Gestaltungsmissbrauch

1. Wir protestieren gegen das Diktat der Bundesregierung, den desolaten Haushalt mit ungerechten Sonderopfern auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfänger zu sanieren.

Der Bund hat seit 1990 mehr als 100.000 Arbeitsplätze vernichtet und mit seiner Gehaltspolitik dazu beigetragen, dass die Konjunktur eingebrochen ist.

2. Wir werden wie jeder andere Bürger, jedoch ohne Gegenleistung, bereits zur Sanierung der Haushalte, der Renten und der Gesundheitssysteme herangezogen.

Also: Keine weiteren Sonderopfer!

Die Staatsdiener beteiligen sich an den 80 Mrd. Euro für die Renten aus dem Bundeshaushalt und zahlen seit Jahren ohne Gegenleistung Öko-Steuer und eine höhere

Mehrwertsteuer ab 2007.

3. Wir protestieren gegen die erneute Verlängerung der Arbeitszeit und die erneute Kürzung der Sonderzuwendung.

Wir fordern den Bundesinnenminister auf, endlich die Wahrheit zu sagen und nicht

so zu tun, als wenn der Bund nur das nachholt, was die Länder bereits vollzogen haben.

Es geht nicht um 12,5 Minuten, sondern um weiteren Personalabbau, Einstellungsstopp, Beförderungsstopp.

4. Wir sind keine Leibeigenen und keine Empfänger von Almosen! Wir fordern nicht mehr als gerechte Behandlung! Maßstab für uns Beamte ist der TVÖD – und nicht Hartz IV.

Wir haben Anspruch auf eine leistungsgerechte Bezahlung, Gehaltserhöhungen für

2005 bis 2007 und faire Behandlung. Das Berufsbeamtentum ist auf Lebenszeit angelegt

und garantiert die Unabhängigkeit der Staatsdiener. Der Preis dafür ist das

Streikverbot und die Folgepflicht. Deshalb sind wir noch lange keine Bittsteller.

12 Prozent Einkommenskürzung in zwei Jahren sind unsozial und zeugen von Eiseskälte und Verlogenheit der Politik, die im Bundesdienst mit zweierlei Maß misst.